

Geplatzter Atom-Deal mit Sprengkraft : Persien vor neuen Unruhen?

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **184 (2018)**

Heft 8

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-813202>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geplatzter Atom-Deal mit Sprengkraft – Persien vor neuen Unruhen?

Als US-Präsident Donald Trump am 8. Mai 2018 vor die Presse trat, war die Welt gespannt. Fortführung eines sicherlich nicht perfekten, aber in die richtige Richtung laufenden Abkommens mit dem Mullah-Regime in Teheran, oder Abbruch? Frankreich und Deutschland hatten im Vorfeld ihre besten Männer beziehungsweise Frauen geschickt, um den diplomatischen Eklat zu verhindern. Ohne Erfolg.

Heino Matzken

Der 45. US-Präsident entschied die einseitige Auflösung des 2015 geschlossenen Abkommens zwischen der Islamischen Republik Iran sowie den fünf Veto-Mächten und Deutschland (5+1). Gleichzeitig unterzeichnete er eine Anweisung, durch welche sämtliche Wirtschaftssanktionen wieder in Kraft gesetzt werden.

Unkalkulierbare Reaktionen

Ähnlich seines Vorgehens gegenüber Diktator Kim Jong Un in Nordkorea versuchte Washington, mit dem spektakulären Schritt den Druck auf die Regierung Rohani zu erhöhen. Ein Zeitpunkt, der für den Iran nicht hätte ungünstiger gewählt werden können. Das Land befindet sich – auch aufgrund der Sanktionen – in einer wirtschaftlich äusserst angespannten Lage. Diese führte in den letzten Jahren bereits zu mehreren regimiekritischen Reaktionen in der Bevölkerung. Angefangen mit der Grünen Revolution 2009, über die Wirtschaftsrevolte 2017 bis hin zum öffentlichen Aufbegehren der weiblichen Bevölkerung gegen das Kopftuchtragebot Anfang dieses Jahres. Die innenpolitische Spannung steigt und die Reaktionen der Herrscher-

riege sind unkalkulierbarer denn je. Nicht zum ersten Mal könnte eine Regierung durch ein Herausbeschwören externer Bedrohungsszenarien von internen Problemen ablenken wollen. Dieser Strategie spielt die US-amerikanische Aufkündigung des Abkommens in die Hand. Wie Religionsführer Ali Chamenei auch entscheidet, die Lage im Iran könnte die gesamte geostrategische Balance der Region noch weiter ins Wanken bringen.

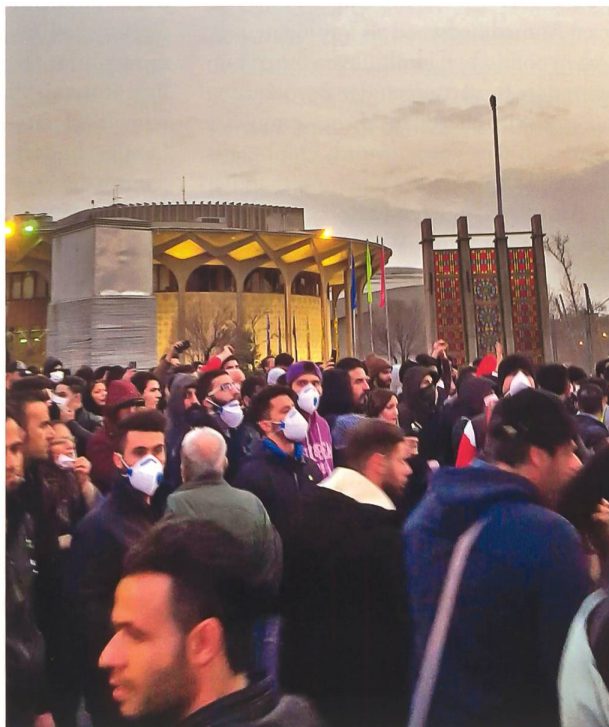
Seit Jahren eine schwierige Lage

Schon im Sommer 2009 stand das politische System Teherans am Rande des Abgrunds. Vorgesehen waren die regelmässi-

gen Präsidentschaftswahlen. Während in der Verfassung von 1979 der Religionsführer offiziell als Vertreter des erwarteten Imams Muhammed al-Mahdi auf Erden fungiert, repräsentiert der durch das Volk zu wählende Präsident den politischen Strang. Der 1989 dem Staatsgründer Chomeini gefolgte Ali Chamenei verfügt mit dieser religiösen Legitimierung über fast uneingeschränkte Macht und definiert indirekt die Politik des «Gottesstaates». Der Präsident ist der zweithöchste Repräsentant der Regierung und Leiter der Exekutive. Alle vier Jahre votieren die 46 Millionen Wahlberechtigten für einen vom Wächterrat als «geeignet» bewerteten Kandidaten. Über dieses aus zwölf Mitgliedern (jeweils sechs vom Religionsführer und Parlament Vorgeschlagene) bestehende Gremium sichert das System die Konformität des politischen Flügels mit den religiösen Vorgaben der Staatsführung. Und genau in dieser «prüfenden Rolle» liegt das undemokratische Element aller Wahlen in Iran. Denn, obwohl der Ablauf des Votums – also allgemeine, gleiche und geheime Abstimmung – nach vermeintlichem westlichen Standard abläuft, ist der Kandidatenkreis im Vornhinein hinsichtlich seiner «religiösen Zuverlässigkeit» limitiert.

So regte sich auch sechs Wochen vor Urnengang im Jahre 2009 der erste Widerstand gegen die Begrenzung auf die verbleibenden vier Kandidaten. Reformnahe Kräfte sammelten sich letztendlich hinter Mir Hussein Mussawi als Herausforderer des damals amtierenden und als konservativ geltenden Mahmut Ahmadinedschad. Diese iranische Opposition wählte bewusst die Farbe Grün – immerhin die Farbe des Islam – als ihr Erkennungszeichen. Geschichte nahm die «Grüne Bewegung», die mehrheitlich von der Jugend und besonders auch von Frauen mitgetragen wur-

Proteste gegen das Rohani-Regime Mai 2018.



de, so den politisch-religiös motivierten Anfeindungen der Mullahs die Substanz.

Steigende Spannungen

Die Spannungen auf der Strasse stiegen bis zur tatsächlichen Wahl. Zusammenstösse zwischen Demonstranten und Staatsorganen gewannen an Härte und fanden ihren Weg auch in westliche Medien. Handy-Aufnahmen verbreiteten die Reaktion des Regimes in Windes Eile.

Am 12. Juni 2009 gaben bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent die Iraner dann ihre Stimme ab. Bereits einen Tag später verkündete Teheran – zur Überraschung aller – das offizielle Ergebnis. Der Amtsinhaber erhielt 62,6 Prozent der Stimmen. Die Opposition warf dem Regime Wahlbetrug vor. In den folgenden Tagen trieb es bis zu zwei Millionen Demonstranten auf die Strassen. Auch wenn der Wächter am 22. Juni die Möglichkeit einer Neuwahl mit der Begründung, dass keine



Anti-US-Graffiti ausserhalb der ehemaligen US-Botschaft in Teheran.

Bilder: Wikipedia

Mussawis Anhänger von 72 Getöteten sprach, erkannte die Administration offiziell 36 Opfer an. Die Polizei verhaftete Tausende, liess diese aber später wieder auf freien Fuss. Das besonders im Westen mit Hoffnungen auf einen Regimewechsel, oder zumindest Regimeöffnung, verbundene Aufbegehren war vorerst gescheitert.

Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserungen

Vier Jahre später löste der als gemässigt geltende Hassan Rohani den erzkonservativen Ahmadinedschad als Präsidenten ab. Neben politischen Hoffnungen traten nun besonders Erwartungen der Bevölkerung auf eine wirtschaftliche Verbesserung des Landes in den Vordergrund. Der bereits seit 2003 als iranischer Chefunterhändler im Atomstreit agierende Rohani erkannte die Sorgen seiner Wähler. Mit Hochdruck arbeitete er an dem erfolgreichen Abschluss des *Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA)* und dem damit verbundenen Ende der Wirtschaftssanktionen. In diesem Kompromiss unterstellte die Islamische Republik sein Atomprogramm einer internationalen Kontrolle bis 2025. Die Reduzierung der 19000 Zentrifugen auf 6100 begrenzte die Kapazität des Iran zur Urananreicherung deutlich. Durch weitere technische Details erhöhte das Abkommen die sogenannte «Breakout-Timeline» – also die Zeitspanne, in welcher Teheran genug spaltbares Material für eine Atomwaffe herstellen könnte – von bis dahin zwei Monaten auf ein

Jahr. Als Gegenleistung versprochen die «5+1»-Nationen, die Sanktionen Zug um Zug aufzuheben. Ein riesiger diplomatischer Sieg des gemässigten Rohani auf der einen, Erleichterung für die Weltgemeinschaft auf der anderen Seite. Doch die ökonomische Situation der Masse der 80 Millionen Iraner verbesserte sich, entgegen aller Versprechungen, nicht grundlegend.

Kundgebungen und Aussichtslosigkeit der jungen Menschen

Ende 2017 lag die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen dann auch bei über 25 Prozent. Da goss der von Rohani vorgelegte Haushaltsplan mit weiteren Einschnitten bei Programmen für Hilfsbedürftige noch Öl ins Feuer. Während die Subventionen für Benzin entfallen sollten, sah das Budget die grössten Ausgaben für religiöse Institutionen und Stiftungen sowie für Militär und die Revolutionsgarden vor. Das 2015 in Kraft getretene Abkommen über das iranische Atomprogramm hatte für den normalen Bürger keine Verbesserung gebracht! Auch weil trotz schleppender Aufhebung der Sanktionen vor allem die USA internationalen Banken und Grossunternehmen Geschäfte mit dem Iran weiter erheblich erschwerten. Religiöse Hardliner, die 2013 in der Präsidentschaftswahl unterlegen waren, nutzten die Gunst der Stunde. Sie hetzten in sozialen Netzwerken gegen die Regierungspolitik und initiierten erste Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik Rohanis in der zweitgrössten iranischen Stadt Maschhad im Nordosten des Landes. Anders als 2009 verbreiteten sich danach die Proteste verhältnismässig häufiger in ärmeren ländlichen Gegenden als in den Metropolen. Eindeutig waren die Kundgebungen gegen die ökonomische Aussichtslosigkeit der Menschen gerichtet. Doch auch wenn die «Erben der Grünen Revolution» anfangs gegen ihre wirtschaftliche Situation aufbegehren, mischten sich im Laufe der Auseinandersetzungen mit der Polizei ebenfalls politische Forderungen hinein – wie z.B. «Nieder mit Rohani». Ein «Persischer Frühling» entwickelte sich allerdings nicht.

Doch der Samen des «Aufbegehrens» war gesät. Fast parallel zur «Wirtschaftsrevolution» im Winter 2017/2018 meldete sich der weibliche Teil der Bevölkerung zu Wort. Ein Bild einer jungen Frau auf

«Staatsorgane und Milizen sorgten robust für Ruhe.

Gemäss offiziellen Angaben verloren 36 Demonstranten ihr Leben.»

grösseren Unregelmässigkeiten festzustellen seien, ablehnte, hielten die Demonstrationen noch Wochen an – ohne erkennbaren Erfolg. Religionsführer Ali Chameini führte am 3. August Ahmadinedschad offiziell in seine zweite und gemäss Verfassung somit letzte Amtszeit ein. Trotz des externen und internen Drucks gelang es den Staatsorganen – unter Einsatz diverser Milizen – in den folgenden Wochen robust die Ruhe wieder herzustellen. Allerdings zu einem hohen Preis. Während

einem Stromverteilerkasten an der «Strasse der Revolution» stehend, mitten in Teheran, ging um die Welt. Sie schwenkte ihr weisses Kopftuch wie eine Fahne an einem Stock während sie ihr Haar offen trug. «Die Mädchen der Strasse der Revolution» hoben so die Proteste von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene. Wie auch andere Mitstreiterinnen verbrachte die junge Frau einige Zeit im Gefängnis, von rigorosen Repressalien nahm das Regime klugerweise jedoch Abstand. Die «Anti-Kopftuchbewegung» setzte sich

«Der Hijab verleiht den Frauen mehr Respekt. Er ist ein Gottesgeschenk.»

für mehr Freiheit, besonders der Frauen, ein. Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei entgegnete, dass das Tragen des Hijab genannten Kopftuchs sogar ganz im Sinne der Frauen sei. «Der Hijab stünde für Würde und Anstand und einer höheren Wertstellung den Frauen gegenüber. Er verleiht ihnen mehr Respekt. Er ist ein Gottesgeschenk», sagte er.

Regime unter Druck

Die Folge von Protesten in den letzten Jahren unterstreicht den Druck, unter welchem das Mullah-Regime steht. Während sich die konservativen Kräfte auf die religiösen Grundlagen und die Verteufelung der westlichen Welt – vor allem der Erzfeinde USA und Israel – fokussieren, sucht der gemässigte Rohani nach anderen Auswegen. Um zuerst die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern, legt der Präsident den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Gesundung des an Bodenschätzen reichen Landes. Der Iran verfügt weltweit über die viertgrössten Erdöl- und zweitgrössten Erdgasvorkommen. Schlüssel für eine ökonomische Erholung ist und bleibt die Öffnung des Landes gegenüber den globalen Handelsströmen. Diese bleibt seit den eingeführten Restriktionen aufgrund der Atompolitik Teherans stark eingeschränkt. Während der Export des schwarzen Goldes nur in Richtung China verläuft, verhindern vor allem die Banken-

restriktionen dringend notwendige Investitionen.

Nach Abschluss des JCPoA 2015 feierte die Bevölkerung Rohani noch als Heilsbringer. Die Wirtschaftssanktionen sollten sukzessive fallen und die Menschen erhofften sich eine spürbare Verbesserung ihrer Lage. Für die Welt schien die atomare Krise im Nahen Osten vorerst bereinigt. Durch die allmähliche Wiedereingliederung des Iran in die Weltgemeinschaft beabsichtigten westliche Politiker, das Mullah-Regime weg von einem Konfrontationskurs hin zu einem moderaten und friedlichen Miteinander in der Region zu gewinnen. Eine klassische «win-win-Situation», so schien es!

Neues regionales Kräftemessen?

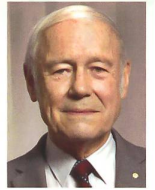
Doch die US-Administration kündigte das Atomabkommen einseitig und setzte damit alle vorherigen wirtschaftlichen Restriktionen wieder in Kraft. Sinkende Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Verbesserung der Lage von 80 Millionen Iranern sind vorerst nicht zu erwarten. Damit könnte sich der innenpolitische Druck auf die Regierung und den Revolutionsführer wieder verstärken. Vielleicht würde die dann vierte Protestwelle zu Änderungen des Systems führen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die konservativen Kräfte den Unwillen der Bevölkerung für ihre eigenen Ziele einspannen und geschickt gegen den externen «Feind» bündeln. Im regionalen Kräftemessen mit dem sunnitischen Saudi-Arabien könnte Teheran sich weiter um die Ausdehnung seines Einflusses entlang des schiitischen Halbmondes bemühen. Der Bürgerkrieg in Syrien – bereits jetzt durch Berater, Militärhilfe und Hisbollah-Miliz vom Iran befeuert – böte den idealen Nährboden. Umso wichtiger erscheint es daher, dass die verbliebenen Vertragspartner des JCPoA alles daran legen, die Grundpfeiler des Abkommens beizubehalten und dadurch Teheran mittelfristig zurück in die Staatengemeinschaft zu bringen. 80 Millionen Iraner hätten es verdient! ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
M.Sc. Ph.D
Berlin

Aus dem Bundeshaus

Im Fokus stehen die «Armeebotschaft 2018» – Rüstung, Armeematerial, Immobilien und Ausserdienststellungen – sowie der Assistenzdienst und der Zivildienst.



Im Rahmen der «Armeebotschaft 2018» (18.022) beantragt die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR), dem Bundesbeschluss (BB) über das «Rüstungsprogramm 2018» in der Fassung des Bundesrates (BR) und ohne Kürzungen (ballistischer Körperschutz) des Ständerates (SR) zuzustimmen (18:0:7). Die SiK-NR bejaht auch die BB über die «Rahmenkredite für Armeematerial 2018» (17:2:6), über das «Immobilienprogramm VBS 2018» (einstimmig für Fassung des SR), über die «Ausserdienststellung von Waffensystemen 2018» (12:0:7), über den Armee-Einsatz im Assistenzdienst «WEF 2019–2021 in Davos» und die finanzielle Bundesbeteiligung an den Sicherheitsmassnahmen des Kantons Graubünden (18.023) sowie über den «Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung ziviler Behörden beim Schutz ausländischer Vertretungen» (18.028).

Zur Ausserdienststellung führte die SiK-NR eine Anhörung zu den Festungsminenwerfern durch [begrifflich besser: verbunkerte 12 cm Doppelmörser]. «Einzelne Kommissionsmitglieder stellen insbesondere den Zeitpunkt dieser Ausserdienststellung infrage, zumal ein Bericht zur Ausgestaltung der künftigen Bodentruppen noch nicht vorliege.» Für die Kommission überwiege aber mehrheitlich, dass die Festungsminenwerfer «mit der veränderten Bedrohungslage an militärischer Bedeutung verloren haben». Der NR wird die erwähnten Geschäfte voraussichtlich während der Herbstsession 2018 behandeln.

Der BR eröffnete am 20. Juni 2018 die Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG; SR 824.0) mit Frist bis 11. Oktober 2018. Er erachtet die von 4670 im Jahre 2011 auf 6785 gestiegenen Zulassungen 2017 – insbesondere nach der Rekrutenschule – als problematisch und will diese mit «sieben gezielten Massnahmen» substanziell senken.

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3006 Bern